

Vorher:

Wir lassen uns das Wasser nicht abgraben!

Die Warsteiner Stadtvertreterinnen und -vertreter aller Fraktionen erklären hiermit ihre Entschlossenheit, das allmählich ernster werdende Vorhaben der Steinindustrie, den Kalkstein auch unterhalb der Grundwassergrenze abzubauen, mit allen Mitteln zu verhindern.

Das Risiko für unsere Wasserversorgung ist, allen gegenteiligen Verharmlosungen zum Trotz, zu groß, als dass wir uns auf ein solch abenteuerliches Vordringen in die unergründlichen Tiefen des Warsteiner Gesteins leisten können. Vor Jahren ist mit hohem Investitionsaufwand die Hillenberg-Quelle erschlossen worden, sie versorgt die Stadt preisgünstig mit Grundwasser höchster Qualität – das ist ein Standortvorteil, den man in Zeiten bedrohter Umweltbedingungen nicht leichtfertig aufs Spiel setzen sollte!

Schon jetzt ist durch den Steinabbau ständig eine gewisse Gefährdung gegeben, jede Ausweitung der Abbaubereiche würde die unkalkulierbare Bedrohung der Wassergewinnung in geradezu unverantwortlicher Weise steigern, erst recht bei einem Vordringen in die Tiefenschichten.

Die Vertreterinnen und Vertreter aus CDU und SPD, BG, WAL und FDP erklären daher gemeinsam, dass der Warsteiner Rat als Vertretung der Warsteiner Bürgerschaft sich mit allen ihm zur Verfügung stehenden Mitteln und Verfahrensschritten gegen einen tieferen Kalksteinabbau wehren wird.

Erklärung im Rat der Stadt Warstein Februar 2007

Nachher:

Pressemitteilung SPD- , CDU-Fraktion Warstein (Entwurf)

Herausgegeben am Donnerstag, 4.10.2007, von Gerd Flaig

Zur Vorbereitung auf das geplante Forum am 31.10. über die Problematik Steinabbau und Wassergewinnung in Warstein wollen die Fraktionen der SPD und CDU der interessierten Öffentlichkeit die nachstehende Sach-Information geben:

Vor rund 25 Jahren beantragte die Stadt Warstein beim RP die Wasserquelle Hillenberg II zur Wasserversorgung der Stadt zu erschließen. Die gesamte hiesige Steinindustrie befürchtete Einschränkungen, weil dies durch direkte Angrenzung an Steinbrüche Einschränkungen bei Sprengung und Abbau bedingen würde. Da die Steinindustrie rechtlich in einer klaren Situation war, verständigte man sich auf den Status Quo.

Die Ausgangssituation hat sich bis heute rechtlich kaum verändert. Die Steinbetriebe können für ihre Interessen eintreten und die Bevölkerung benötigt das Trinkwasser. Das enthält ganz natürlich ein Konfliktpotential. Es nutzt in dieser Situation nicht, diese Fakten nur aus dem Blickwinkel Wasser oder nur aus der Interessenlage der Steinbetriebe zu beleuchten, sich evtl. gegenseitig zu beschimpfen und die Öffentlichkeit unrealistisch zu informieren. Das gesamte Themenspektrum mit allen Interessen und Rechten muss komplett dargestellt und die gemeinsam zu realisierenden Möglichkeiten umfassend herausgearbeitet werden.

Vor der besonderen Bedeutung dieser Aufgabe wurde auf Initiative und Organisation der SPD-Fraktion gemeinsam mit der Fraktion der CDU ein Forum ins Leben gerufen. In dem Forum werden sowohl die Warsteiner Steinindustrie, wie die Warsteiner Wasserwirtschaft jeweils mit ihren Sachverständigen und weiteren Spezialisten vertreten sein. Ein rechtlich und fachlich versierter neutraler Moderator leitet das Forum, bei dem man die Möglichkeiten eines friedlichen, gedeihlichen Miteinanders von Steinabbau und Trinkwasser gleichberechtigt erörtern wird. Die Veranstaltung wird am 31.10. um 19 Uhr im Lindenhof öffentlich veranstaltet. Auch das Publikum wird in die Aussprache mit einbezogen.

Die Zusammenarbeit fast aller Fraktionen in dieser Sache macht mehr als deutlich, wie ernst diese Entwicklung für Warstein angesehen wird. In diesem Prozess soll Parteipolitik absichtlich außen vor bleiben. Die Sachkompetenz der Podiumsteilnehmer und die Besetzung aller Facetten dieses Themas machen das Forum zu einer wertvollen Veranstaltung. Die Politiker, die sich auf Begrüßung und Organisation des Abends beschränken werden, hoffen jedoch auf neue gangbare Lösungsansätze. Nicht zuletzt ist es häufig die Fachkompetenz, die neue Wege aufzeigt, die dann von der Politik beschlossen und von der Verwaltung umgesetzt werden können.